

GP Policy Paper

Aurora Dialogues Berlin 2017

Millions on the Move

Need for Development and Integration

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse

März 2018

Eine Publikation der Global Perspectives Initiative



Aurora Dialogues

Unter dem Titel Millions on the Move: Need for Development and Integration fanden die hochrangig besetzten Aurora Dialogues am 4. und 5. Dezember erstmals in Berlin statt. Ziel der Veranstaltung war es, Ansätze zu entwickeln, wie Deutschland und die europäische Staatengemeinschaft Antworten auf die drängendsten Migrations- und Flüchtlingsfragen finden und welchen Beitrag Entwicklung und Integration hierzu leisten können.

Die Konferenz fand in der Hauptstadtrepräsentanz der Robert Bosch Stiftung statt und wurde von der Aurora Humanitarian Initiative, der Global Perspectives Initiative, der Robert Bosch Stiftung und mit Unterstützung der Stiftung Mercator ausgerichtet. Berlin als Austragungsort der Aurora Dialogues war eine bewusste Entscheidung der Gründer angesichts der Bedeutung des Themas für Deutschland und Europa.

Global Perspectives Initiative (GPI)

Die Global Perspectives Initiative unterstützt die Nachhaltigkeitsziele der UN, die die Welt bis zum Jahr 2030 sicherer und gerechter machen sollen. GPI bringt Akteure aus Politik, Wirtschaft, Medien und Gesellschaft zusammen, diskutiert Ansätze für eine nachhaltige globale Entwicklung und motiviert zum Handeln.

Als gemeinnützige und neutrale Plattform gibt die Initiative neue Impulse, sensibilisiert für Chancen und Herausforderungen einer globalen Gesellschaft und gestaltet so den öffentlichen Diskurs in Deutschland.

Die Aurora Dialogues Berlin 2017 wurden veranstaltet von



und unterstützt durch



EXECUTIVE SUMMARY

Am 4. und 5. Dezember tagten erstmals die Aurora Dialogues in Berlin. Sie wurden von den drei Philanthropen und Gründern der Aurora Humanitarian Initiative Vartan Gregorian, Noubar Afeyan und Ruben Vardanyan ins Leben gerufen. Gemeinsam haben sie die Aurora Dialogues als Plattform für den Austausch zu globalen Herausforderungen wie Flucht, Migration und drängenden humanitären Problemen gegründet.

Über 100 internationale Experten sowie Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diskutierten bei den Aurora Dialogues Berlin unter dem Titel Millions on the Move: Need for Development and Integration Fragen der Integration und der Fluchtprävention.

700 Millionen Menschen weltweit halten Migration für die einzige Möglichkeit, ihre persönliche Lebenssituation zu verbessern. Weltweit gibt es derzeit mehr Flüchtlinge als jemals zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Mehr als die Hälfte von ihnen sind Kinder. Allein im Jahre 2016 wurden über 65 Millionen Menschen Opfer gewaltsamer Vertreibung, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen. Und: wie ein Damoklesschwert schwebt die Tatsache über der globalen Gesellschaft, dass es im Jahr 2050 mehr als 200 Millionen durch die Folgen des Klimawandels vertriebene Menschen geben wird.

Die Dimensionen dieser großen Wanderung werden noch immer vielfach unterschätzt. Das Narrativ von Flucht und Migration ist weiterhin geprägt von Missverständnissen, falschen Wahrnehmungen und starken Emotionen. Es ist eine Herausforderung, unbequeme Wahrheiten und bewegende persönliche Geschichten zusammenzubringen.

Bereits der Vorabend der Aurora Dialogues war geprägt von hochkarätigen Sprechern und beeindruckenden Geschichten. Einer der Gründer der Aurora Humanitarian Initiative und US-Unternehmer armenischer Herkunft, Noubar Afeyan, berichtete von seinen Vorfahren, die als Migranten das Glück hatten, auf Mitfühlende und Retter zu treffen. Auch er selbst sei Migrant, der erst in Kanada und dann in den USA eine neue Heimat fand. Länder wie die USA seien Innovationsführer, weil Migranten – Menschen, die nichts für selbstverständlich halten, die ihre Komfortzone immer wieder aufs Neue verlassen (mussten), die nichts oder wenig erwarten – die Fähigkeit entwickeln, Veränderungen herbeizuführen. Das prädestiniert sie zum Unternehmertum. Etwa 40 Prozent der Fortune 500 Gründer und CEOs sind Immigranten, erinnert er.

Der ehemalige Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche in Deutschland, Wolfgang Huber, fordert in seiner Rede eine Ethik der Verantwortung und warnt vor moralischen Übertreibungen. Es brauche vor allem eines in Zeiten der Migrationskrise: die anhaltende, unbedingte Bereitschaft zu Empathie und humanitärer Hilfe.

Auch der Präsident der Carnegie Cooperation Vartan Gregorian beeindruckte durch seine persönliche Geschichte als Migrant aus dem Iran. Er erhielt 2004 die Friedensmedaille und wurde 2009 von Präsident Barack Obama in die Kommission des White House Fellowship-Programm berufen. In seiner Rolle als Mitglied des Auswahlkomitees für den Aurora-Preis mahnte er: „Flüchtlinge sind keine Kategorien. Es sind Menschen mit Zielen, persönlichen Visionen, Träumen. Es sind Menschen, die versuchen, zu überleben.“

Am Folgetag mahnte der langjährige Präsident des Deutschen Bundestages Norbert Lammert, Migration könne politisch nicht verhindert werden. In Europa sei sie gar fester Bestandteil der eigenen Geschichte.

Mary Robinson, die ehemalige Staatspräsidentin Irlands und Hochkommissarin für UN-Menschenrechte, fragte im Hinblick auf den Isolationismus einiger europäischer Staaten, ob diese ihre eigene Geschichte vergessen hätten.

Der Aurora Humanitarian Index brachte weitere Wahrheiten ans Tageslicht. Die weltweite Befragung offenbarte, dass nur 37 Prozent Flüchtlinge in ihrem Land willkommen heißen würden. Mehr als ein Drittel glaubt, Migranten würden mehr von den Vorzügen der aufnehmenden Gesellschaft profitieren, als sie zurückgeben würden.

Rita Süßmuth fordert deshalb ein neues Narrativ. Und alle Experten sind sich darüber einig, dass wir einen Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik brauchen.

Die Zeit von Gebern und Nehmern muss abgelöst werden durch neue Partnerschaften, starke Netzwerke und den Mut zur Eigenverantwortung. Viele der afrikanischen Staaten sind reich an Rohstoffen und „Human Capital“. Der Kontinent kann und muss seine Probleme vor allem in Eigenregie lösen – aufoktroyierte Pläne werden nicht funktionieren. Paternalismus entmündigt – an seine Stelle muss Partnerschaft treten, ganzheitlich und auf Augenhöhe. Es kann nicht darum gehen, Migration durch Abschottung zu verhindern, es geht um neue und nachhaltige Perspektiven für die Menschen vor Ort.

Auf beeindruckende Weise haben die Robert Bosch Stiftung, die Stiftung Mercator, UNICEF und UWC ihr Wissen und ihre Erfahrung eingebracht. Ihnen allen gilt unser besonderer Dank!

Unser Glückwunsch gilt der Aurora Humanitarian Initiative für die Gründung der Plattform und die Internationalisierung der Dialoge. Die Aurora Dialogues Berlin waren dazu der erste Schritt.

MIGRATION – VON MISSVERSTÄNDNISSEN UND VORURTEILEN

„Was kann eine Keynote angesichts der Komplexität dieses Themas ausrichten?“ Norbert Lammert habe mit der Einladung gehadert angesichts der Verantwortung, die hinter seiner Aufgabe stand, sagt er in seiner Auftaktrede zu den Aurora Dialogues 2017 in Berlin. Denn über „Migration zu sprechen heißt, über Missverständnisse zu sprechen“, fügt er an, im Gepäck zehn Punkte, die die Komplexität neu einordnen und eine Chance für mehr Klarheit geben sollten. Wir haben sie zusammengefasst und partiell mit geschichtlichen Fakten angereichert.

1. Migration ist ein Teil Europas

Es bestünde laut Lammert die weitverbreitete Annahme, dass insbesondere Europa mit einer völlig neuen und nie dagewesenen Situation konfrontiert wurde. Historisch betrachtet sei diese Hypothese falsch. Das Gegenteil sei der Fall. Die Geschichte Europas ist eine Geschichte von Migration.

2. Migration kann zur Erfolgsgeschichte werden

Eine Reihe geschichtlicher Migrationsbewegungen in Europa brachten positive Implikationen für das betroffene Land mit sich. Die Flucht protestantischer Hugenotten aus Frankreich im späten 17. Jahrhundert war eine der prägnantesten Bewegungen und wesentlicher Bestandteil der Migrationsgeschichte in der Frühen Neuzeit. „Refugees welcome“ wurde im Land des Großen Kurfürsten Markgraf Friedrich zum Inbegriff der Einwanderungspolitik – eine Politik, die Preußen zur Großmacht führte. Wir übersehen bei aller Komplexität und Probleme die langfristigen Entwicklungen und Potenziale, mahnt Lammert.

3. Geordnete Migration bestimmte Geschichte

Die Geschichte zeigt auch, dass Europa Migrationsbewegungen bewusst forciert hat. Die meisten von ihnen erfolgten aus wirtschaftlichen Interessen. In der jüngsten Geschichte erinnert Lammert an die organisierte Arbeitsmigration in den 60er Jahren. Damals schloss die Bundesregierung sogenannte Anwerbeabkommen mit Italien, Spanien, Griechenland und der Türkei. Sie sollten nicht nur Deutschland, sondern auch den wirtschaftlichen Interessen der Entsendeländer gerecht werden.

4. Europa unterschätzt sich

Seit 2015 hat Europa mit Beginn der Migrationskrise große Herausforderungen zu bewältigen. Das ist die eine Wahrheit. Die andere ist, dass Europa, entgegen aller nationalistischen Tendenzen und Unkenrufe, man könnte die Krise nicht gemeinsam bewältigen, ein reicher Kontinent ist. 500 Millionen Menschen leben hier. Vor diesem Hintergrund, argumentiert Lammert, könne man nicht ernsthaft behaupten, Europa sei nicht in der Lage, sich jährlich um zwei Millionen Geflüchtete zu kümmern.

5. Migration kann man politisch nicht verhindern

Die allgemeine Annahme oder Erwartung, es sei möglich und politisch notwendig, Migration zu verhindern, entspreche nicht der Realität, sagt Lammert. Die Frage sei nicht, wie man sie verhindert, sondern wie man mit ihr umgeht und sie managt.

6. Europa braucht eine organisierte Debatte über Migration

Das Problem Europas bestünde nicht in der Migrationskrise. Es besteht in der Uneinigkeit zu einem gemeinsamen Vorgehen. Länder werden zu Verweigerern und verfallen in Zeiten der Globalisierung in nationalistische Tendenzen. Europa ist gespalten und darin liegt das eigentliche Problem. Es fehlt an einem geordneten Krisen- und Organisationsmanagement.

7. Alle Flüchtlinge sind Migranten – aber nicht anders herum

Diese Unterscheidung ist in diesem Kontext wichtig, nicht nur aus politischer und juristischer Sicht. Sie erhält zusätzlich Bedeutung, wenn es darum geht, Migration mit Integrationsbemühungen zu verknüpfen. Es gilt jedoch auch abzuwägen, in welchem Umfang Migranten aufgenommen werden können, die keine Flüchtlinge sind, sondern aus rein wirtschaftlichen Gründen ihr Heil in einem anderen Land suchen.

8. Integration ist das Rückgrat aller Migration

Integration muss zum Anspruch jeder Maßnahme werden, die mit Migration in Zusammenhang steht. Denn nur mit ihr eröffnen sich Chancen und wird mentale Unterstützung geboten – die Basis des Erfolges von Integrationsbemühungen.

9. Mauern können Migration und Flucht nicht aufhalten

Wenn es ein Land gäbe, das diese These belegen könne, dann wäre das Deutschland, versichert Lammert und mahnt, dass Abschottungsbemühungen, seien sie nur politisch und/oder technisch betrieben, an einer Lösung der Migrationskrise vorbeigingen.

10. Migration ist kein Notstand

Migration stellt die Norm dar, eine Norm, die es seit Menschengedenken gibt, resümiert Lammert. Wenn wir damit beginnen, das zu akzeptieren und Migration für das schätzen, was es ist – eine gemeinsame, humanitäre Verpflichtung – dann können wir diese Herausforderung gemeinsam lösen.

Lammert beschließt seine Rede mit einem nachhaltig wirkenden Zitat von Navid Kermani: „Wer von Menschen wie von einer Seuche spricht, hat Europa verraten, indem er es zu schützen vorgibt.“

DIE AUSMASSE VON MIGRATION

Beim folgenden Vortrag von Prof. Dr. Matthias Lücke vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel wurden erneut die globalen Ausmaße von Migration deutlich. Denn die Anzahl potenzieller Migranten weltweit ist laut World Gallup Poll auf über 700 Millionen gestiegen. Im Jahre 2016 waren über 65 Millionen Menschen von Flucht und Vertreibung betroffen, die Hälfte davon Kinder. 40 Millionen Flüchtlinge gehörten zu den sogenannten „Internally Displaced People (IDP)“ oder auch Binnenflüchtlingen, Menschen, die gewaltsam aus ihrer angestammten und rechtmäßigen Heimat vertrieben wurden, ohne jedoch Staatsgrenzen zu überschreiten. Sie gehören zu den Ärmsten der Armen und sind an ihr Schicksal gebunden. Selbst wenn sie wollten, fehlt es ihnen an Mitteln, die Camps zu verlassen. Stattdessen hausen sie auf engstem Raum und unter überwiegend katastrophalen Lebensbedingungen, hygienischen Zuständen und nicht enden wollenden Versorgungsproblemen. Sie sind die Vergessenen. Jene Gruppe von Menschen, die in der medialen Thermik der Migrationskrise unter gehen. Weltweit gibt es zweimal so viele IDPs wie Flüchtlinge.

Kaum beachtet wird die große Leistung der Diaspora. Das Volumen an Rücküberweisungen von Migranten in ihre Heimatländer übersteigt mittlerweile das der Entwicklungshilfe.

Sie haben sich als wesentlich stabiler erwiesen und aktivieren auf erstaunliche Weise die Selbstheilungskräfte des Kontinents. Die World Bank Group ermittelte 2015, dass die weltweiten Transferleistungen oder „Remittances“ über 600 Milliarden Dollar überschritten – dreimal so viel, wie Entwicklungshilfe gezahlt wurde. Die Top-Empfängerländer sind jedoch Indien und China mit 65 und 62 Milliarden US-Dollar. Nigeria schafft es auf Platz 6 als einziges Afrikanisches Land unter den Top 10.

Das größte Leid in Migrations- und Flüchtlingskrisen wie wir sie global erleben, tragen die Kinder. Sie stellen mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge dar. Und so unterschiedlich ihre individuellen Geschichten auch sind, sie alle vereint die fehlende Zukunftsperspektive in ihrer Heimat, Angst und Hoffnungslosigkeit. Das unterstrich Geert Cappelaere, Regional Director für den Mittleren Osten und Nord-Afrika bei UNICEF, in der folgenden Panel-Diskussion mit Mary Robinson erneut. Man sei als Hilfsorganisation angesichts der schlechten, von Krieg gekennzeichneten Situationen in den Ländern oftmals nicht in der Lage, die Grundbedürfnisse von Kindern zu decken.

Mary Robinson, die sich mit ihrer Stiftung für Klimagerechtigkeit mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Menschen und ihre Lebensbedingungen befasst, brachte einen weiteren Aspekt in die Diskussion ein. Denn bis 2050 soll es weltweit mehr als 200 Millionen Menschen geben, die ihre Heimat angesichts massiver klimatischer Veränderungen und ihrer Auswirkungen verlassen müssen. „Climate Displacement“ stellt eine bislang völlig unterschätzte Form der Vertreibung dar, die zu weiteren ungeahnten Migrationsströmungen führen wird.

Der fehlende gesamteuropäische Konsens einiger europäischer Staaten wurde von den Teilnehmern beunruhigend zur Kenntnis genommen. Haben die Länder ihre eigene Vergangenheit komplett vergessen, fragte Mary Robinson, als sie über ihren jüngsten Besuch in Polen sprach und die Aversion gegenüber Flüchtlingen, die fühlbar in der Luft lag. Eine klare Verteilung der Lasten und ein geeintes Vorgehen sei die einzige Möglichkeit, die Krise zu bewältigen. Gert Cappelaere hielt fest, dass die UN als Institution oft zu wenig ausrichten könne, denn sie agiere nach dem politischen Willen ihrer Mitgliedsstaaten. Ihnen obliegt die Entscheidung und die Verantwortung. Mary Robinson reflektierte, dass die weltweiten Migrationsströme eine neue Ära begründen – auch, wenn wir dies womöglich negieren möchten.

DER AURORA HUMANITARIAN INDEX – ÜBER VERZERTE WAHRNEHMUNGEN UND WIRKLICHKEITEN

Was wir wahrnehmen, erscheint uns als Realität. Wir werden geprägt von Menschen, Stimmen und Medien, denen wir vertrauen und von denen wir uns leiten lassen. Wir verlassen uns darauf, denn diese Realität bestimmt unser Handeln, Denken und unseren Glauben. Tatsächlich ist dieses Bild der Welt jedoch oft subjektiv, einseitig, lückenhaft und trügerisch. Menschen glauben vor allem, was sie glauben möchten und ihre Meinung bestätigt. Dieser „menschliche Algorithmus“ ist so stark, dass er uns manchmal immun gegen die echten Fakten macht. Vielmehr noch hindert er uns daran, eine offene Haltung einzunehmen.

Was das mit Blick auf die Flüchtlingskrise unter anderem bedeutet, untersuchte der Aurora Humanitarian Index, der 2017 mehr als 6.500 Menschen aus 12 Ländern zu den humanitären Problemen in der Welt, der Effektivität humanitärer Intervention und der Motivation des Einzelnen etwas für andere zu tun, befragte.

Auf die Frage, welche Länder aus Sicht der Befragten die meisten Flüchtlinge aufnehmen, landete Deutschland mit 47 Prozent auf Platz eins, gefolgt von Frankreich (27 Prozent) und den USA (21 Prozent). In Wahrheit sind jedoch Pakistan, der Iran und die Türkei die Top 3 Aufnahmeländer von Geflüchteten. Deutschland steht an vierter Stelle, die USA an sechster. Frankreich ist in den Top 15 gar nicht enthalten. Vielen Befragten wird auch der Mehrwert einer vielfältigen Gesellschaft nicht deutlich. Sie halten es von Vorteil, wenn die Menschen im Land in großen Teilen die gleichen Werte und Traditionen vertreten. Zu diesen Ländern gehören insbesondere Großbritannien und Frankreich. Deutschland reiht sich im Ländervergleich mittig ein. Besonders offen für gesellschaftliche Diversität zeigen sich die Türkei, der Iran und die USA. Jedoch glauben ein Drittel aller Befragten, dass ihre religiösen Überzeugungen durch Einwanderer untergraben werden. Besonders stark ist diese Annahme in der Türkei verbreitet, gefolgt von Armenien, Großbritannien, Frankreich und Russland. Deutschland rangiert in diesem Ranking auf Position sechs. 44 Prozent der Befragten in 12 Ländern gaben gar an, sie fühlten sich durch ethnische Minderheiten bedroht. Ein Drittel glaubt, Migranten könnten den Erwerbstätigen im Land den Job wegnehmen. Hier führt der Libanon, die Türkei und Russland das Ranking an. In Deutschland sind nur 18 Prozent dieser Meinung. 32 Prozent der Deutschen glauben, dass durch Migranten sogar neue Arbeitsplätze geschaffen bzw. besetzt werden können.

Weitere zentrale Ergebnisse zeigen, dass das Vertrauen in humanitäre Aktionen eher gering ist. Nur neun Prozent der Befragten haben das Gefühl, dass sie einen Unterschied ausmachen können bei der Lösung humanitärer Probleme. Und obwohl 56 Prozent die Situation beispielsweise in Syrien sehr bedrückt, fühlen sich 51 Prozent nicht in der Lage, etwas daran zu verändern. Gleichzeitig sinkt die Unterstützung für humanitäre Initiativen. Obwohl die Mehrheit sich für eine Unterstützung von Flüchtlingen ausspricht, würden nur 37 Prozent jene in ihrem eigenen Land willkommen heißen. 42 Prozent der Befragten glauben, dass ihre Länder bereits zu viele Flüchtlinge aufgenommen hätten.

Weiterhin zeigt sich, dass es unterschiedliche Stimmen zu geeigneten Führungspersönlichkeiten und -kompetenzen im Umgang mit der Flüchtlingskrise gibt. 32 Prozent sehen derzeit niemanden, der die Krise in der Lage wäre, zu meistern. Die Europäische Union und die Vereinten Nationen könnten aus Sicht der Befragten am besten mit der Situation umgehen. Dennoch sinkt das Vertrauen in globale Organisationen im Vergleich zum Vorjahr.

EIN NEUES NARRATIV ZU MIGRATION UND FLUCHT

Die Ergebnisse des Aurora Humanitarian Index zeigen, welche Auswirkungen Haltungen und Einstellungen auf die Migrationskrise bzw. die Bereitschaft haben, Flüchtlinge nicht nur aufzunehmen, sondern aktiv die Integration zu unterstützen.

In den Aurora Dialogues wurde auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, ein neues Narrativ zu entwickeln. Denn Medien, die Politik, NGOs und andere Player kreieren in der Gesamtheit jene Bilder und Eindrücke, die der Index widerspiegelt.

Bundestagspräsidentin a.D. Prof. Dr. Rita Süssmuth schlussfolgert: „Es muss uns gelingen, die Kluft zwischen dem emotional Gefühlten und den tatsächlichen Fakten zu überbrücken.“ Wir müssen uns stärker bewusstmachen, dass wir die Hoheit über den Deutungsrahmen besitzen und ihn direkt beeinflussen können. Stereotype sind der Feind jeder Veränderung und die Saat für Xenophobie. Hier kommt allen Beteiligten eine große Verantwortung zu. Homogene Gesellschaften sind in Zeiten von Globalisierung ein Relikt der Vergangenheit.

EIN AFRIKANISCHER PLAN FÜR AFRIKA

Kontrovers diskutierte ein internationales Panel den sogenannten Marshall-Plan mit Afrika und weitere potenzielle Lösungsansätze zur Entwicklung Afrikas. Hochkarätig besetzt mit Günter Nooke, dem Afrikabeauftragten der Bundesregierung, dem Menschenrechtsaktivisten John Prendergast, Franz Fischler, Präsident des European Forum Alpbach, Bernard Kouchner, Mitgründer von Ärzte ohne Grenzen, Leymah Gbowee, Friedensnobel-Preisträgerin und Friedensaktivistin sowie Hina Jilani, Anwältin und Menschenrechtsaktivistin. Das Panel befasste sich mit dem wohl schwierigsten Teil des Migrationsthemas: potenziellen Lösungen.

Ein Aspekt der Debatte war der auf dem Afrika-Gipfel vorgestellte Marshall-Plan der Bundesregierung. Schnell wurde deutlich, welches Konfliktpotenzial allein der Titel einer Initiative hervorrufen kann. Afrika bräuchte keinen deutschen Marshall-Plan, sagt Leymah Gbowee. „Wir sollten Afrika nicht lehren, wie es sich zu entwickeln hat“, warf Franz Fischler ein und verwies unmissverständlich auf den häufig vorherrschenden Paternalismus mit Blick auf Entwicklungsinitiativen in Afrika.

Im Sumpf von Kleptokratie und Korruption wurden in der Vergangenheit zu oft despotische Alleinherrscher und ihre Gefolgschaft alimentiert. John Prendergast skizzierte eindrücklich, wie viele Milliarden von Geldern jährlich auf dem Weg in Entwicklungsländer abgezweigt werden und die wahren Hilfsbedürftigen nie erreichen. Stattdessen füllten sie die Taschen der Regimeführungen. 80 Milliarden US-Dollar würden jährlich in diesen Netzwerken einfach verschwinden. Sein Team bei The Sentry, einer investigativen Initiative, untersucht diese illegalen globalen Geldströme und verfolgt sie zurück. Die Herangehensweise ähnelt der, die bei der Bekämpfung von Terrorismus angewandt wird.

Das Problem seien die Anreizstrukturen, sagt Prendergast. Denn sie ermöglichen erst Korruption, Geldwäsche und Unterdrückung. Sofern dies ohne Konsequenzen bleibt und die korrupten transnationalen Netzwerke nicht aufgedeckt werden, wird sich an der Lage nichts verändern, konkludiert Prendergast. Afrika sei ein reicher Kontinent, reich an Rohstoffen und einer gigantischen bislang ungenutzten Kompetenz junger Menschen.

Im Verlauf der Diskussion wurde deutlich, dass es mehr und mehr auf intelligente Netzwerke ankommt, die einen ganzheitlichen Ansatz ermöglichen. Die Lösung liegt weder in einem rein privatwirtschaftlichen, noch rein staatlichen Engagement. Die Privatwirtschaft hätte jedoch eine katalytische Funktion, an die die öffentlichen Initiativen anknüpfen können, sagt Anja Langenbacher, Europa-Direktorin der Bill & Melinda Gates Stiftung. Sie betonte, dass Privatinitiativen gegenüber dem öffentlichen Sektor den Vorteil der Risikominimierung hätten. Es gäbe klare quantitative und qualitative Zielsetzungen. Am Ende käme es auf eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen dem privaten und öffentlichen Sektor an, um langfristig etwas zu bewirken. Diese Zusammenarbeit muss auf lokaler und regionaler Ebene erfolgen.



Aurora Dialogues Berlin 2017



Wolfgang Huber



Mary Robinson



Winfried Kneip und Bernard Kouchner



Rita Süßmuth und Andreas Görden



Marguerite Barankitse und Jamila Afghani



Marguerite Barankitse und Christof Bosch



Ruben Vardanyan und Norbert Lammert



Aurora Dialogues Berlin 2017

Herausgeber

Global Perspectives Initiative
gemeinnützige UG (haftungsbeschränkt)
Schönhauser Allee 10/11
10119 Berlin

office@globalperspectives.org
Telefon: +49 (0)30 726 26 75 30
Fax: +49 (0)30 726 26 75 20

Projektmanagement

Daniel Greve
d.greve@globalperspectives.org

Pressekontakt

Nadine Bütow
n.buetow@globalperspectives.org

Gestaltung

Konstantin Haubrok

Bildrechte

Sargis Bulghadaryan für die
Aurora Humanitarian Initiative, Berlin 2017

© März 2018, GPI

